



SPD Rednitzhembach · Taunusstr. 9
91126 Rednitzhembach

Gemeinde Rednitzhembach
Herrn Bürgermeister Jürgen Spahl;
Gemeinderätinnen und Gemeinderäte
Rathausplatz 1

91126 Rednitzhembach

Robert Gödel
1. Vorsitzender
Taunusstr. 9

91126 Rednitzhembach

Mail robert.goedel@spd-rednitzhembach.de

Rednitzhembach, den 07.04.2023

Antrag auf kommunale Förderung von Balkonkraftwerken

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Spahl,
sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,

die Gemeinderats-Fraktion der SPD stellt folgenden Antrag zur Behandlung in der kommenden Gemeinderats-Sitzung:

Thematisierung:

- I. Balkonkraftwerke leisten einen Beitrag zum Klimaschutz: Sie nutzen die erneuerbare Energiequelle Sonnenenergie und tragen damit zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes bei.
- II. Balkonkraftwerke können zur dezentralen Energieerzeugung beitragen, indem sie den Strom direkt vor Ort produzieren und damit die Abhängigkeit von zentralen Energieversorgern verringern.
- III. Die Förderung von Balkonkraftwerken kann dazu beitragen, die Bürger für erneuerbare Energien zu sensibilisieren und ihr Bewusstsein für den Klimaschutz zu erhöhen.
- IV. Durch die Nutzung von Balkonkraftwerken können lokale Stromnetze entlastet werden, da sie den Bedarf an Strom aus dem zentralen Netz reduzieren können.
- V. Die Förderung von Balkonkraftwerken kann auch zur Förderung der heimischen Wirtschaft beitragen, da sie den Markt für erneuerbare Energien ankurbeln und damit Arbeitsplätze schaffen kann.
- VI. Für Verbraucher:innen können Balkonkraftwerke eine Möglichkeit sein, ihre Stromrechnungen zu reduzieren, indem sie selbst produzierten Strom nutzen.
- VII. Durch die aktuellen Marktpreise amortisieren sich die Kraftwerke rein nach Eigenfinanzierung nach 5–10 Jahren.
Diese Hemmschwelle kann durch eine Förderung deutlich abgebaut werden.

VIII. U.a. diese bayerischen Kommunen fördern bereits erfolgreich Balkonkraftwerke:

Buckenhof (bis zu 150 Euro, dabei 50 Euro pro 100 Watt Peak)
Diessen (pauschal 100 Euro Zuschuss für Balkonkraftwerke)
Erlangen (maximal 300 Euro Zuschuss)
Fürth (pauschal 50 Euro Zuschuss und Übernahme einer Zählertauschgebühr)
Forchheim (100 Euro Zuschuss für Balkonkraftwerke)
Günzburg (pauschal 100 Euro Zuschuss)
Marloffstein (50 Euro je 100 Watt Peak, maximal 200 Euro)
München (50 Cent pro Watt Peak, maximal 50 Prozent der Kosten)
Moosburg (50 Prozent der Netto-Anschaffungskosten, maximal 200 Euro)
Peiting (2 Euro je 10 Watt, maximal 120 Euro)
Spardorf (50 Euro je 100 Watt Peak, maximal 200 Euro)
Unterschleißheim (25 Prozent der Kosten, maximal 200 Euro)
Vilseck (100 Euro für 300W, 150 Euro für 600W)
Weilheim in Oberbayern (25 Prozent der Anschaffungskosten, maximal 200 Euro)

Insgesamt kann die Förderung von Balkonkraftwerken dazu beitragen, den Ausbau erneuerbarer Energien vor Ort zu fördern, den Klimaschutz zu unterstützen und die lokale Wirtschaft zu stärken.

Wir beantragen somit:

- a) Definition eines Fördervolumens für Balkonsolaranlagen per anno.
- b) Aufbau einer möglichst niederschweligen Beantragungs-Infrastruktur für alle Bürger:innen.
- c) Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten mit örtlichen Elektroniker-Betrieben
- d) Prüfung zum Aufbau einer Unterseite auf www.rednitzhembach.de, auf der alle Bürger:innen sich darüber informieren können, wieviel Energie dezentral erzeugt wird.

Begründung:

Die Energiewende ist eines der größten und wichtigsten Projekte unserer Gegenwart. Um für diese Aufgabe Akzeptanz und Willen zur Veränderung bei der Bürgerschaft anzuregen, bedarf es kommunaler Anreize und ein großes Maß an Gemeinschaftsgefühl.

Eine Offensive zur Selbstversorgung mit Balkonkraftwerken macht Energiewende nahbar und zeigt den Menschen direkt am eigenen Zuhause, wie aktuelle Technologien funktionieren, mit welchen Kennzahlen und Maßeinheiten bei der Stromerzeugung umgegangen werden muss und regt darüber hinaus zur Diskussion und Weiterentwicklung dieser Konzepte an.

Kommunalen Verwaltungen kommt eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Energiewende zu, weil es keine bundeseinheitliche Lösung geben kann. Mit Gemeinschaftsgefühl und Akzeptanz unserer Bürger:innen wird es für alle Beteiligten leichter werden, weitere Entscheidungen anzunehmen.

Über eine zentrale Website zu Kennzahlen kann ein Gemeinschaftsgefühl entwickelt werden, können unsichere Bürger:innen von den gemeinsamen Erfolgen inspiriert werden. Die Bürgerbeteiligung ersetzt nicht Entscheidungen des Gemeinderats oder des Bürgermeisters, die als gewählte Vertreter der Bürgerschaft letztendlich entscheiden. Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung fließen ein in die Abwägungen des Gemeinderats und der Verwaltung.

So kann eine weitgehende Akzeptanz der Bevölkerung erreicht werden.

Wir bitten um Behandlung des Antrages im Gemeinderat und um Ihre Zustimmung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Robert Gödel
Fraktionssprecher SPD